



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 08.12.2016

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:52 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzende/r:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadtrat Alfred Braig  
Stadtrat Hans-Peter Brenner  
Stadtrat Otto Deeng  
Stadträtin Flavia Gutermann  
Stadtrat Hubert Hagel  
Stadtrat Ulrich Heinkele  
Stadtrat Werner-Lutz Keil  
Stadtrat Friedrich Kolesch  
Stadträtin Gabriele Kübler  
Stadtrat Herbert Pfender  
Stadtrat Dr. Heiko Rahm  
Stadträtin Silvia Sonntag  
Stadtrat Josef Weber  
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele

ab 17:07 Uhr (Nr. 43)

entschuldigt:

Stadträtin Magdalena Bopp

Stellvertreter/in:

Stadträtin Marlene Goeth

## Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 08.12.2016

### Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien,  
Kommunikation, Bürgerengagement  
Helmuth Aßfalg, OV Stafflangen  
Walter Boscher, OV Ringschnait  
Siegfried Brugger, Bauverwaltungsamt  
Carola Christ, Stadtplanungsamt  
Birgit Hoch, Schriftführerin  
Siegfried Kopf, Hochbauamt  
Baubürgermeister Christian Kuhlmann  
Margit Leonhardt, Kämmereiamt  
Markus Merkle, Baubetriebsamt  
Mark Rechmann, Tiefbauamt  
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer  
Robert Walz, Gebäudemanagement  
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt  
Hospitalverwalter/Erster Bürgermeister  
Roland Wersch

### Gäste:

Herr Fritsche, Biko  
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung

**Tagesordnung**

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Gesamtliste Haushaltsanträge 2017	2016/092/1

Die Mitglieder wurden am 29.11.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 30.11.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1. Gesamtliste Haushaltsanträge 2017**

**2016/092/1**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 2016/092/1 zur Vorberatung vor.

OB Zeidler begrüßt die anwesenden Gäste und Bauausschussmitglieder.

Nachfolgend werden die einzelnen Anträge der Liste durchgegangen.

**Nr. 23: Aufzeigen wie das Haus Schulstraße 26 saniert oder erneuert werden kann**  
**- Antrag der FDP -**

StR Braig kritisiert den Verkauf von Altstadt prägenden Häusern, er wolle wissen, wie das marode Gebäude saniert oder erneuert werde.

EBM Wersch entgegnet, dass die Fragestellung anders lauten müsse. Das Gebäude gehöre dem Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft und hätte bereits verkauft werden sollen, der an Nummer 1 stehende Käufer habe aber die Bedingungen nicht erfüllt. Es wurde kein Konzept vorgelegt, weshalb neu ausgeschrieben worden sei. Es handle sich hier um eine klassische Aufgabe für einen Investor, zumal es nur marginale Zuschüsse gebe und für den Eigenbetrieb nicht wirtschaftlich darstellbar sei.

StR Braig verweist auf den Verkauf des Gebäudes Gießübelgasse 1, welches nun mit Asylanten belegt sei und dies nicht dem ursprünglichen Verkaufsziel entspreche. Er wolle wissen, wie sichergestellt werde, dass mit den Häusern ordnungsgemäß umgegangen werde. Ein weiteres negatives Beispiel sei die Bierhalle in der Karpfengasse.

OB Zeidler fasst zusammen, dass sichergestellt werden müsse, dass im Falle eines Verkaufs die Gebäude auch erneuert würden.

BM Kuhlmann erläutert, das Gebäude Schulstraße 26 stehe nicht unter Denkmalschutz, weshalb hier, was Gestaltung anbelange, nur die Stadtbildsatzung Anwendung finde. Ein Abriss und Neubau sei der richtige Weg, leider befinde sich das Gebäude nicht in einem Sanierungsgebiet, da dort mit Hilfe von Modernisierungsverträgen ein Steuerungsinstrument vorhanden sei, auf welches hier nicht zurückgegriffen werden könne. Die Gebäude Schulstraße 24 und 26 sollten gemeinsam entwickelt werden.

Über Stadtbildsatzung und Gestaltungsbeirat habe die Stadt Einflussmöglichkeit.

EBM Wersch **sagt zu**, bei neuen Verträgen eine Rückabwicklungsklausel aufnehmen zu wollen, wenn mit einem Bau nicht innerhalb einer gewissen Zeit, nicht angefangen werde.

**Damit ist StR Braig einverstanden.**

**Nr. 24: Bessere Beschilderung und Nr. 129 Städtische Hallen werden mit Namen versehen**

**- Anträge der CDU-Fraktion -**

StR Hagel bemängelt die schlechte Beschilderung der städtischen Hallen, so hätten Auswärtige Probleme, die Paul-Heckmann-Halle zu finden.

OB Zeidler hält es für erforderlich, hier genau nachzuschauen, normalerweise werde eine GPS-fähige Anschrift angegeben. Es gelte auch, keinen Schilderwald zu produzieren.

StR Hagel entgegnet, dass zum Beispiel die Gigelberghalle so nicht zu finden sei, gleiches gelte für PG -, WG- und Wilhelm-Leger-Halle, die nicht einmal über eine Beschilderung verfügten.

StR Heinkele hält eine Überarbeitung für die Gigelberghalle für notwendig, da hier keine ausreichende Kennzeichnung vorhanden sei.

StR Kolesch rät, Daten zum Beispiel der Gigelberghalle oder Wilhelm-Leger-Halle an die Firma GPS weiter zu geben.

OB Zeidler **sagt** eine Überprüfung **zu**.

**Nr. 26: Sanierung Mittelberg-Grundschule vorziehen**

**- Antrag der SPD-Fraktion -**

StRin Kübler betont die Wichtigkeit einer Sanierung und verweist auf die derzeitige Zinssituation, weshalb überlegt werden solle, mit dem Geld die Sanierung der Schule vorzuziehen. Sie verstehe, dass aus Kapazitätsgründen die Verwaltung selbst das nicht leisten könne, aber mit einer Fremdvergabe sollte dies machbar sein.

OB Zeidler stimmt zu, dass die Sanierung des Pestalozzi-Gymnasiums und der Mittelberg-Grundschule in gleicher Reihung zu sehen seien, aber es gebe viele andere Projekte, weshalb es hier schwierig sei.

BM Kuhlmann ergänzt, auch eine Fremdvergabe bedeute trotzdem viel Arbeit für die Verwaltung, da bereits jetzt die meisten Projekte fremd vergeben seien, die Verwaltung aber trotzdem eingebunden sei, auch wenn externe Projektsteuerer zugezogen würden. Im Jahr 2017 könnten aber vorbereitende Maßnahmen getroffen werden, so müsse zusammen mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport der Raumbedarf und das pädagogische Konzept der Schule entwickelt werden. Überdies müsse wegen der Komplexität europaweit mit einem VF-Verfahren ausgeschrieben werden.

StR Kolesch verweist darauf, dass die CDU schon mehrfach Anträge gestellt habe und das Projekt immer ein Jahr nach hinten gerutscht sei. Es sei deshalb äußerst wichtig, 2018 mit der Bauplanung tatsächlich zu beginnen und das Jahr 2017 für die inhaltliche Vorbereitung zu nutzen, damit es zu keinen weiteren Verzögerungen komme.

BM Kuhlmann teilt mit, mit der Schulleitung im Januar/Februar einen Termin zu haben.

**Nr. 29: Wohnungsbau: Bei Projektkoordination durch JKLM Sperrvermerk anbringen.**

**Nr. 127: Für die Koordination des kostengünstigen Wohnungsbaus sind 100.00,00 Euro eingestellt. Kann dieser Betrag teilweise eingespart werden, wenn die Bauprojekte zeitlich gestreckt und in eigener Regie betreut werden?**

- Antrag der CDU-Fraktion (Nr. 29) –

- Frage der Freien-Wähler (Nr. 127) –

StR Kolesch erscheinen die eingestellten 100.000,00 Euro für sehr hoch, zumal es nur um die Koordination gehe.

BM Kuhlmann führt aus, dass der Betrieb Wohnungswirtschaft sich um die eigenen Projekte kümmere und bei der ehemaligen AOK ein externes Büro für die Baubetreuung benötigt werde. Dies gelte auch für die Karpfengasse 9.

StR Kolesch entgegnet, es müsse der Begriff Betreuung und nicht Koordination verwendet werden, dann sei das Thema nachvollziehbar.

**Damit sind die Anträge erledigt.**

**Nr. 30: Gigelbergkonzept**

- Antrag der SPD-Fraktion –

**Ohne Aussprache erledigt sich der Antrag.**

**Nr. 31: Konzept zur Erneuerung der Bibersteffele**

- Antrag der CDU-Fraktion –

StR Kolesch bittet darum, den Antrag nicht länger zu schieben, ansonsten sei man mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

**Nr. 32: Umgestaltung Grünanlage Vorbereich Dürnachhalle**

- Antrag der CDU-Fraktion –

StR Deeng teilt mit, mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht einverstanden zu sein, da bereits 2012 eine Umgestaltung angedacht gewesen sei und man im Jahr 2015 die Antragstellung bewusst herausgenommen habe. Es sei aber zum Beispiel beim Waldfest sehr wichtig, je nach Wetterlage den Platz vor der Halle nutzen zu können. Er solle deshalb so umgestaltet werden, dass für den Musikverein bestuhlt werden könne. Es gebe ja auch bereits eine Projektskizze des Herrn Beuerle, weshalb man darum bitte, entsprechende Planungsmittel einzustellen. Auch die drei Hochwasser sollten berücksichtigt werden.

OB Zeidler hält es für richtig, zunächst einen Vor-Ort-Termin zu machen, zu dem sei zu hinterfragen, ob hier nur für einen Verein eine Lösung gefunden werden solle.

BM Kuhlmann plädiert für eine pragmatische Lösung, es werde geprüft, ob durch eine Geländemodulation ein ebener Platz geschaffen werden könne, ohne großen Planungsaufwand.

OV Boscher hält es für wichtig, die Glaubwürdigkeit des Ortschaftsrates zu berücksichtigen, da dieser eine solche Planung beschlossen habe.

OB Zeidler weist dies zurück, ein Ortschaftsrat dürfe nicht beschließen, sondern verfüge lediglich über ein Vorschlagsrecht, entschieden werde im Gemeinderat.

Überdies sei der von BM Kuhlmann gemachte Vorschlag ein gangbarer Weg und in Bezug auf das bisherige Vorgehen sei ein Erwartungsdämpfungsmanagement gefragt.

**Der Antrag hat sich durch die Stellungnahme der Verwaltung und mit der Zusage, die Schaffung einer ebenen Fläche zu prüfen, erledigt.**

### **Nr. 36: Einrichtung eines Fahrradstreifens in der Ulmer-Tor-Straße**

**- Antrag der Grünen-Fraktion -**

StR Weber sieht durch die Wegnahme von sieben Parkplätzen eine Lösung „pro Fahrrad“ und damit sogar einen Auftakt zum von der Verwaltung vorgeschlagenen strategischen Netz.

StR Keil verweist darauf, dies bereits 2006 gefordert zu haben, allerdings sei zwischenzeitlich die Einbeziehung in das Stadtentwicklungskonzept erfolgt und eine Überplanung des gesamten Bereiches erforderlich.

StR Heinkele lässt wissen, die Freien Wähler erwarteten mit größtem Interesse den Vorschlag der Verwaltung.

StR Kolesch führt an, dieses Thema letztmals im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Alten Postplatzes diskutiert zu haben, weshalb er den jetzigen Antrag nicht verstehen könne. Auch aus Sicherheitsgründen sei der jetzige Vorschlag abzulehnen.

StRin Goeth rät, abzuwarten, bis das ganze Quartier überplant werde.

OB Zeidler hält die Situation für unübersichtlich, es kämen Autofahrer entgegen und er bitte um Geduld, bis das städtische Konzept stehe.

Mit der Begründung, keine Abstimmungsniederlage erhalten zu wollen, **zieht** StR Weber den Antrag **zurück**.

### **Nr. 38: Umgestaltung Schulstraße/Sennhofgasse**

**- Antrag der CDU-Fraktion -**

StR Kolesch ist mit dem Vorschlag der Verwaltung nicht einverstanden, weil man bereits im letzten Jahr diesen Antrag gestellt habe und die Realisierung auch im Jahr 2018 belassen werden sollte.

BM Kuhlmann erläutert, dass dies eine Frage der Taktung sei und man dabei sei den gesamten Straßenraum zu überplanen. Dieser Gesamtplan komme im ersten Quartal 2017. Überdies sei das Tiefbauamt sehr stark belastet und es müsse eine Priorisierung anhand des Gesamtkonzeptes erfolgen.

Damit ist StR Kolesch einverstanden.

StR Heinkele fragt an, ob nicht wenigstens das kurze Stück Sennhofgasse früher saniert werden könne.

Herr Rechmann verweist auf bestehende Abhängigkeiten, so müsse zum Beispiel der Busverkehr komplett umgeleitet werden, dies wolle man nicht zweimal für die gleiche Maßnahme tun müssen.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

**Nr. 39: Neugestaltung Wielandstraße**

**- Antrag der CDU-Fraktion –**

**Ohne Aussprache ist der Bauausschuss mit der Antwort einverstanden.**

**Nr. 40: Minikreisel Gaisental**

**- Antrag der SPD-Fraktion –**

StR Dr. Rahm hätte sich eine Zwischeninformation zu dem Thema gewünscht, das sogenannte Pilotprojekt nehme man als „Geheimsache“ war.

BM Kuhlmann informiert, das Thema bereits im Bauausschuss diskutiert zu haben und man derzeit mit einer Geschwindigkeitsreduktion und modifizierenden Maßnahmen am Kreisel versuche, zu einer anderen Lösung als der Neubau eines größeren Kreisels zu gelangen. Der Fall liege derzeit beim Verkehrsministerium, weil dies eine Sonderlösung darstelle. Sollte sie zum Erfolg führen, könne viel Geld gespart werden.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 41: Ausbau Mettenberger/Ulmer Straße nicht dotiert sei?**

**- Anfrage der SPD-Fraktion –**

EBM Wersch erklärt, für diese Linienführung werden derzeit Verhandlungen mit Grundstückseigentümern geführt, die sich aber als schwierig darstellten. Es handle sich hier um eine komplexe Verhandlungsmasse und die Verhandlungen nähmen viel Zeit in Anspruch.

StR Weber ist empört, dass die im Bereich der Biberacher Alm betroffenen Bauern als Verhandlungsmasse bezeichnet würden.



EBM Wersch weist dies strikt zurück, da er nicht Menschen, sondern die Flächen gemeint habe.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 42: Vorziehen des Ausbaus der Hardtsteige**

**- Antrag der Freien Wähler -**

StR Heinkele bittet um Darstellung der Problematik in einer nichtöffentlichen Sitzung.

OB Zeidler teilt mit, dass es hier um viel Geld gehe und möglicherweise die betroffenen Grundstückseigentümer kein dringliches Interesse an einem Ausbau mehr hätten.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 43: Beleuchtung Geh- und Radweg Rindenmoos/Rißegg**

**- Antrag der CDU-Fraktion -**

StR Kolesch begründet diesen Antrag im Wesentlichen damit, dass der Ort Rindenmoos selbst über keine eigenen Einrichtungen wie zum Beispiel Mettenberg verfüge und damit auf Rißegg bzw. den Hauptort angewiesen sei. Durch die Schaffung von 100 Bauplätzen im Gebiet Breite und dem damit verbundenen Kinderzuwachs sei eine Beleuchtung sinnvoll.

OB Zeidler verweist auf eine Präzedenzsituation, vielmehr sei es nötig, ähnlich oder gleich gelagerte Fälle auch gleich zu behandeln. Was sei zum Beispiel mit dem Weg Mettenberg zum Sportplatz, es gebe genügend weitere Fälle.

StR Kolesch geht es um eine Einzelfallbetrachtung, dies müsse in der Vorlage entsprechend aufbereitet sein. Wenn Dinge vergleichbar seien, müssten sie auch so betrachtet werden.

StR Keil hält eine politische Willenserklärung für notwendig, für Teilorte gleichartige Verhältnisse zu liefern und hier sei ein einheitliches Vorgehen sinnvoll, weshalb zunächst eine Zielformulierung erforderlich sei.

Für StR Heinkele steht der Gleichbehandlungsgrundsatz im Vordergrund und sieht deshalb die Darstellung aller vergleichbaren Situationen für notwendig an. Er verweist aber auf die Entschleunigung und die beschlossene Deckelung der Personalkosten.

StR Weber gibt zu bedenken, dass auch andere Teilorte Ansprüche stellen könnten, zum Beispiel der Weg Mettenberg bis Talfeld, er greife auch gern den Begriff Lichtverschmutzung von Herrn Rechmann auf, zudem biete eine Beleuchtung nur eine vorgetäuschte Sicherheit. Im Hinblick auf ein ökologisches Verständnis lehne er dieses Ansinnen ab.

StR Kolesch sieht in dieser ganzen Debatte, dass ein Popanz aufgebaut werde und zum Beispiel heute schon eine Beleuchtung Biberach bis Rißegg bestehe.

StR Heinkele entgegnet, hier gehe es nur um 500 Meter zum nächsten Wohngebiet.

OB Zeidler **sagt zu**, dass das Baudezernat dieses Thema bis Herbst 2017 zur Haushaltsplanberatung 2018 aufbereite.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 44: Buswartehäuschen in der Banatstraße und im Guttonbrunnweg**

**- Antrag der SPD-Fraktion -**

StR Keil verweist auf die sehr stark frequentierte Haltestelle im Guttonbrunnweg, er begrüße die jetzt vorgeschlagene Lösung.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 45: Antrag durch Stellungnahme der Verwaltung zu Nummer 44 bereits erledigt.**

**- Antrag der Freien Wähler -**

**Nr. 46: Abbruch und Erneuerung von Mauer- und Treppenanlage beim Evangelischen Friedhof zeitnah notwendig?**

**- Antrag der Freien Wähler -**

StRin Goeth will wissen, welche Mauer gemeint sei, da die Mauer entlang der Bergerhauser Straße furchtbar aussehe.

StR Kolesch verweist darauf, den Antrag bereits vor über 10 Jahren gestellt zu haben, wo es eine heftige Diskussion gab, weil zunächst Abbruch und ein Zaun im Raume standen. Jetzt werde der Erhalt der Mauer vorgeschlagen, er wolle vorher eine Vorlage, welche die genauen Maßnahmen darstelle. Es müsse dringend etwas an der Mauer getan werden.

BM Kuhlmann bestätigt, den Erhalt der Mauer, die Planung werde dem Bauausschuss mit einer Vorlage dargestellt.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

**Nr. 77: Ist in Hauderboschen eine 4gruppige Betreuungseinrichtung geplant?**

**- Anfrage der CDU-Fraktion -**

StR Kolesch bittet um eine zeitnahe Darstellung, da der Kindergarten stehen solle, wenn das Baugebiet fertig ist. Er fragt an, ob bereits mit Polizei und Sana gesprochen wurde.

Dies verneint BM Kuhlmann, er gehe aber davon aus, dass beim Land wenig Bereitschaft für eine Beteiligung vorhanden sei.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

**Nr. 78: Hochbau Lagerflächen: Wie ist dieser hohe Ansatz begründet?**

**- Anfrage der CDU-Fraktion -**

StR Kolesch sieht die Notwendigkeit, hier nach weiteren Lösungen zu suchen, zum Beispiel durch Anmietung leerstehender aufgelassener Gehöfte, damit diese hohe Summe nochmals verringert werden könne.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 105: Mehr Blumenschmuck in der Stadt**

**- Antrag der Freien Wähler -**

StRin Goeth teilt mit, die Memminger Straße sei eine Hauptzufahrt in die Stadt, wo man sich mehr Grün für ein freundlicheres Bild wünsche, weshalb der Grünstreifen zwischen den Fahrbahnen ähnlich wie im Gaisental bepflanzt werden solle.

BM Kuhlmann verweist darauf, bereits jetzt über einen sehr hohen Standard zu verfügen. Überdies sei der Salzwassereintrag in diesem Bereich schwierig, ganz abgesehen davon, bereits jetzt an der Grenze dessen zu sein, was leistbar ist.

StR Deeng hätte gerne eine bessere Begrünung an der Memminger Straße, so könnten zum Beispiel wie in Frankreich an den Lichtmasten Blumenkübel angebracht werden.

OB Zeidler konstatiert, die Biberacher Innenstadt sei wunderschön, wo ganzjährig Personal mit hohem Einsatz unterwegs sei. Aufgrund der Personalkostendeckelung sei nicht mehr leistbar, möglicherweise sei an eine ehrenamtliche Arbeit, mit dem Gartenbauverein gedacht, die Stadt jedenfalls könne nicht mehr tun.

StR Keil bringt das Konzept „Urban Gardening“ ins Spiel, so könnten zum Beispiel Wildblumen angepflanzt werden oder wie zum Beispiel in Markdorf unterschiedlich farbige Kohlarten angepflanzt werden.

StR Weber verweist auf die abgelehnte Dachbegrünung beim Wieland-Gymnasium und sieht eine gute Arbeit der Stadtgärtner, wo solle man denn anfangen, wenn man es nicht einmal schaffe, ökologisch wertvolles Grün auf das Dach zu bringen.

OB Zeidler teilt mit, bevor wir auf der Memminger Straße „Urban Gardening“ veranstalteten und er das Gemüse essen müsse, werden Wildblumen gepflanzt.

BM Kuhlmann lässt wissen, dass bereits heute schon viel gemacht werde und Frau Wolf vom Grünflächenamt immer schaue, dass jede Fläche, die sich eigne, für eine Begrünung verwendet werde. Er schlage eine Rundfahrt des Bauausschusses vor, um dies zu belegen.

OB Zeidler ergänzt, oder ein „Urban City Walking“ der Räte.

**Der Antrag der Freien Wähler, eine Aussaat von Wildblumen entlang der Memminger Straße zu machen, wird mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen angenommen.**

**Nr. 106: Erläuterung der Aussage: „Das Kleingartenwesen wird insgesamt auf den Prüfstand gestellt.“**

**- Anfrage der SPD-Fraktion –**

StRin Kübler will wissen, welche Kleingärten abgeschafft würden, dies gehe so nicht daraus hervor.

EBM Wersch entgegnet, es gehe nicht um eine Abschaffung des Kleingartenwesens, vielmehr solle ein neues Konzept erarbeitet werden.

StR Kolesch lässt wissen, bereits gefühlt fünf Anträge gestellt zu haben, danach hätte dieses Konzept bereits vor 10 Jahren schon vorliegen müssen. Er habe die Hoffnung, dass nun wirklich etwas komme, da ihm dieses Thema am Herzen liege.

OB Zeidler hält es für schwierig, immer heraus zu finden, welcher Wunsch gerade dem Gemeinderat am nächsten am Herzen liege.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

**Nr. 107: Alternatives Verkehrskonzept**

**- Antrag der Grünen-Fraktion –**

StRin Sonntag hält es für sehr ambitioniert, was von der Verwaltung vorgetragen werde.

EBM Wersch entgegnet, das Konzept werde von den Stadtwerken erstellt.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 108: Nichterledigter Antrag aus 2015 Lichtsignalanlagen**

**- Antrag der SPD-Fraktion –**

StR Dr. Rahm will wissen, wann die angekündigte Vorlage der Verwaltung komme.

BM Kuhlmann antwortet, Januar oder Februar 2017.

**Damit ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 120 und Nr. 121: Errichtung von E-Bike-Ladestationen**

**- Antrag der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion**

StR Keil hält den Bahnhof für einen neuralgischen Punkt, wo es auch ganz schlimm aussehe.

StR Heinkele sieht in der Stadt Hotels und Gaststätten in der Verantwortung, da dies hauptsächlich ein Thema des Tourismus sei. Bei nichtüberwachten Ladestationen sehe er das Problem des Vandalismus, insbesondere am Bahnhof. Ein teures E-Bike könne man ohne Schutz nicht stehen lassen. Ladestationen seien aus seiner Sicht für die Bevölkerung entbehrlich, da die Räder zu Hause aufgeladen werden könnten.

**Damit haben sich die Anträge erledigt.**

**Nr. 123: Ausbau gesicherter Fahrradstellplätze**

**- Antrag der Grünen-Fraktion –**

StRin Sonntag hält es insbesondere am Bahnhof für wichtig, abschließbare Lösungen zu haben, da Fahrradbügel nicht gegen Beschädigung helfen würden.

**Mit der Stellungnahme der Verwaltung ist der Antrag erledigt.**

**Nr. 132: Wohnen für Senioren**

**- Antrag der CDU-Fraktion –**

StR Kolesch bittet darum, aufgrund der Bevölkerungsentwicklung dieses Thema aufzunehmen.

BM Kuhlmann teilt mit, bereits heute barrierefreie Wohnungen im Fokus zu haben, weshalb keine ausdrücklichen Seniorenwohnungen notwendig seien. Es handle sich um eine Daueraufgabe.

StR Keil hält es für wichtig, zum Beispiel nicht aus Kostengründen auf einen Aufzug zu verzichten, man müsse, soweit leistbar, auch Zwischenlösungen finden.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

**Nr. 133: Quartiersmanagement**

**- Antrag der CDU-Fraktion –**

StR Kolesch sieht dieses Thema im Zuge der Haushaltsplanberatungen als unterrepräsentiert an, vielmehr werde er den Antrag erneut im Bauausschuss einreichen und hier **zurück ziehen**.

StR Heinkele merkt an, dass er die Notwendigkeit nicht sehe, weil der Sozialraumatlas hierfür ausreichend sei.

**Nr. 141: Standort Post AG**

**- Antrag der Grünen-Fraktion -**

StRin Sonntag will wissen, wo die Parkierung für die Post angedacht sei.

BM Kuhlmann erläutert, der Anlieferverkehr erfolge über den Hof und das Thema Kurzparkplätze werde mit dem Vorhandensein von Plätzen in der Adolf-Pirrung-Straße abgedeckt. Man halte die jetzt gefundene Lösung für sinnvoll.

**Mit der Stellungnahme der Verwaltung hat sich der Antrag erledigt.**

**Nr. 142: Beteiligung des Kulturdezernats bei Bauvorhaben mit relevanten, kulturellen, historischen oder denkmalpflegerischen Sachverhalten**

**- Antrag der Grünen-Fraktion -**

StR Weber hält die Einbeziehung des Kulturdezernenten für wichtig.

OB Zeidler entgegnet, fast beleidigt zu sein, weil nur das Kulturdezernat und nicht sein Bereich einbezogen werden müsse, aber das Beispiel Pestalozzi-Haus zeige, dass eine Abstimmung in allen vier Dezernaten stattfinde. Der Rat könne davon ausgehen, dass innerhalb der Verwaltung alle relevanten Stellen beteiligt würden. Im Übrigen sehe er genügend Fachverstand im Baudezernat vorhanden.

Herr Riedlbauer ergänzt, sein Dezernat fühle sich vom Baudezernat gut eingebunden.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

OB Zeidler stellt im Folgenden die Gesamtliste zur Abstimmung.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, dem Haushaltsplan 2017 unter Einbeziehung der Gesamtliste der Haushaltsanträge 2017 zuzustimmen.**

**Bauausschuss, 08.12.2016, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... OB Zeidler

Stadtrat: ..... Hagel

Stadtrat: ..... Keil

Schriftführer: ..... Hoch

Gesehen: ..... EBM Wersch

Gesehen: ..... BM Kuhlmann